

Quo vadis Frankreich?

Der Kampf um den *Elysée*-Palast hat schon begonnen

Günter Müchler*



Der Mietvertrag von François Hollande für den *Elysée*-Palast läuft noch bis Mai 2017. Das ist eine lange Zeit, in der viel passieren kann. Trotzdem haben die politischen Parteien den Wahltermin bereits fest im Blick. Mit großen Zukunftsentwürfen ist von keiner Seite zu rechnen. Fehlervermeidung heißt die Devise.

Où va la France ?

Alors que les élections présidentielles n'auront lieu qu'au printemps 2017, la campagne électorale pour la magistrature suprême a déjà commencé en France. Toutes les formations politiques s'efforcent d'éviter les erreurs (de langage surtout) qui leur feraient perdre les faveurs de leur électorat. L'auteur de cette analyse observe les joutes entre le parti socialiste du président en exercice (François Hollande), le parti les Républicains de son prédécesseur néogaulliste (Nicolas Sarkozy) et surtout du Front National de Marine Le Pen, qui sans véritable programme et malgré une séparation d'avec son père arrive en tête dans les sondages d'opinion. Réd.

deutschen Grünen kaum noch an die Anarcho-Phase ihrer frühen Jahre erinnern können und zu einem Muster der Stabilität geworden sind, ist bei den *écologes* Halloween an der Tagesordnung. In ewige Hahnenkämpfe verstrickt und angetrieben von persönlichen Eifersüchteleien, ist man allzeit streitbereit. Kein Wunder, dass die formidablen 16 %, die man bei den Europawahlen 2009 einführte, nie mehr erreichen konnte. 2014 waren es bloß noch 9 %. Den Tiefpunkt markierte die EE-LV bei der letzten Präsidentschaftswahl von 2012, als sie es mit der Spitzenkandidatin Eva Joly auf ganze 2 % brachte.

Der Niedergang der *écologes* zeigt Merkmale, die charakteristisch sind für das französische Parteiensystem. Zwar ist die Zahl von 246 Käsesorten, die nach einem Bonmot de Gaulles Frankreich unregierbar macht, auf der Seite der Parteien noch nicht erreicht, was für die Leistungsstärke der Agrarwirtschaft spricht. Aber die parteipolitische Landschaft ist zerklüftet und ständig in Bewegung. Die Parteien haben eine vergleichsweise geringe Kohäsion, sie sprechen gern von sich als „politischen Familien“ und bestehen aus Gruppenbildern, die sich um bestimmte Personen ranken. Die *écologes* sind dafür ein typisches Beispiel. „Leuchttürme“ wie Daniel Cohn-Bendit oder Nicolas Hulot sind längst abgewandert; es folgten jetzt mit François de Rugy und Jean-Vincent Placé wichtige Funktionsträger. Letztere gründeten die neue Partei. Im Altverband gibt Cécile Duflot (Wohnungsbauministerin unter Ministerpräsident Jean-Marc Ayrault) den Ton an. Sie patkiert

Im Herbst fallen die Blätter – bei den *écologes* (Grünen) fallen sie schon das ganze Jahr. Zutiefst zerstritten über die Frage, ob man die Regierung stützen oder drangsalieren soll, fand Mitte Oktober statt, womit schon länger gerechnet worden war. Die Bewegung spaltete sich. Auf striktem Oppositionskurs bleibt die EE-LV (*Europe Ecologie – Les Verts*). Dagegen bietet die neugegründete *Union des Démocrates et Écologistes* (UDE) der Regierung den Schulterchluss an. Dankbar applaudierten die Sozialisten der Sezession. Sie brauchen dringend Partner.

Ein deutsch-französischer „Grün-grün“-Vergleich fällt momentan deutlich zuungunsten der französischen Variante aus. Während sich die

* Dr. Günter Müchler lebt in Frankreich, er ist freier Journalist und Autor.

inzwischen mit Jean-Luc Mélenchon, dem populistischen Chef des *Front de Gauche*.

Fehlervermeidung mangelhaft: Das gilt nicht nur für die Grünen, sondern auch für den *Front National* (FN). Dabei hatte dessen Vorsitzende Marine Le Pen es lange Zeit mit geradezu traumwandlerischer Sicherheit vermieden, interne Zwistigkeiten nach außen zu tragen. Der auf offener Bühne ausgetragene Streit mit ihrem Vater, dem Parteigründer, kratzt am Image von Marine Le Pen und konterkariert ihr Bemühen, die Partei als Harmonieveranstaltung zu präsentieren, als Gegenbild zur notorisch zerstrittenen und um sich selbst kreisenden Konkurrenz.

Der FN hatte im März bei den Departementswahlen einen Dämpfer erhalten, als es ihm nicht gelang, auch nur ein einziges Departement für sich zu gewinnen. Zwar konnten die Frontisten – wie bei allen Wahlgängen der letzten Jahre – Stimmenzuwächse verzeichnen, doch die Unfähigkeit, Bündnisse zu schließen, verhinderte den Durchbruch. Wer sollte sich auch mit dem FN verbünden? Die anti-bürgerliche, anti-kapitalistische Attitüde, die sich der FN in letzter Zeit zugelegt hat, kommt beim Anhang der Republikaner, wie die ehemalige UMP inzwischen heißt, schlecht an.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie sehr der Zwist im Hause Le Pen (bei dem auch Marion Maréchal-Le Pen, Enkelin des Parteigründers, mitmischte) der Rechtsfront schadet. Es ist ein Boulevardstück, welches von den „Systemparteien“ amüsiert verfolgt wird. Viel mehr als schadenfrohe Kommentare fällt den Strategen des *Parti Socialiste* (PS) und der Republikaner zu den Emporkömmlingen am rechten Rand allerdings nicht ein. Man beschränkt sich darauf, die Fremdenfeindlichkeit der Rechtsfront anzuprangern. Dagegen findet das Wirtschaftsprogramm mit den Forderungen nach Austritt Frankreichs aus dem Euro und der Einrichtung von Zollschränken in Europa ebenso wenig Beachtung wie die außenpolitische Anbiederung an Putins Russland oder die Linkswendung im Sozialen. Eine Ausnahme bildet der Publizist Franz-Olivier Giesbert, der für den FN eine neue Typisierung gefunden hat: „sozial-nationalistisch“.

Dass Marine Le Pen kräftig ins germanophobe

Horn zu blasen versteht, bewies sie beim gemeinsamen Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident François Holland vor dem Straßburger Europaparlament. „Vielen Dank, Madame Merkel, dass Sie uns heute mit Ihrem Vizekanzler besuchen, dem Verwaltungschef der Provinz Frankreich“, höhnte die EU-Parlamentarierin. In ihrer Diktion ist Frankreich der Vasall des nach Vormacht strebenden Deutschland.

Beckmesserisch halten PS und Republikaner einander vor, dem FN Wind in die Segel zu blasen. Der „Laxismus“ von Justizministerin Christine Taubira in der Verbrechensbekämpfung sei nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für den FN, poltert die bürgerliche Rechte. Nicolas Sarkozy besorge mit seiner Forderung nach einer restriktiveren Einwanderungspolitik das Geschäft von Rechtsaußen, kontert das Lager des Präsidenten. Was man sagen darf und was nicht – den Maßstab liefert der unterstellte Nutzen für den FN, um den sich alles dreht und der für seine Publizität nichts tun muss.

Für den *Parti Socialiste* (PS) wird die Luft dünner, je näher das Jahr 2017 rückt. Die Sozialisten sind Serienverlierer seit ihrem Triumph bei der Präsidentenwahl, und es fällt immer schwerer, an eine Trendumkehr zu glauben. François Hollande versucht, in der Außenpolitik Boden gutzumachen. Frankreich führt Krieg in Afrika und in Syrien, zusammen mit dem deutschen Partner vermittelt es im Ukraine-Konflikt. Unter Hollande ist Paris zur Abonnement-Hauptstadt für internationale Konferenzen geworden. Das polstert die *gloire*, aber rettet es die Sozialisten? Die Erfahrung lehrt, dass der Glamour von Gipfeltreffen kurzlebiger ist als das Elend der Massenarbeitslosigkeit.

Sein Reformelan werde bis zum letzten Amtstag anhalten, verspricht der Präsident. Tatsächlich sind große Sprünge nicht zu erwarten. Die leeren Kassen und die Vorgaben des Stabilitätspaktes engen den Handlungsspielraum der Regierung ein. Nach dem von Finanzminister Michel Sapin vorgelegten Budget wird der Schuldenberg Frankreichs 2016 nur noch knapp unter der Marke von 100 % des BIP liegen, bei 96,5 %. Das der Haushaltsrechnung unterstellte Wirtschaftswachstum von 1,5 % wird als sehr ehrgeizig angesehen. Was also wird François Hollande tun? Wird er noch

einmal antreten? In den Umfragen liegen die Sozialisten stabil auf Platz drei, hinter Republikanern und der Rechtsfront. Und das Gesetz der Serie spricht gegen ein Wunder an der Urne. Andererseits: Sollte Hollande den zweiten Wahlgang erreichen, zusammen mit Marine Le Pen, könnte die „republikanische Dynamik“ ihn retten. Noch wird die Präsidentschaftsfrage in den Rängen der Sozialisten nur hinter der vorgehaltenen Hand diskutiert. Aber die Amtsperiode schnurrt unerbittlich ihrem Ende zu. Keine Chance, das Thema auszusitzen.

Genauso intensiv wie die Sozialisten beschäftigt das Thema 2017 die bürgerliche Rechte. Nicolas Sarkozy, Ex-Präsident und Parteichef der Republikaner, hat bei den Departementwahlen Punkte sammeln können. Trotzdem ist die Spitzenkandidatur, die im Urwahlverfahren entschieden werden soll, für ihn alles andere als ein Selbstläufer. Alain Juppé, der schon einmal Ministerpräsident war, hat keine schlechten Karten für die „*primaires*“. Moderat in der Ausstrahlung, genießt er große Sympathien im zentristischen Lager, das für den Wahlausgang mit ausschlaggebend sein wird. „*Ich bin nicht der Großinquisitor und bin gegen das Köpfeabschneiden*“, wirbt Juppé für sich und propagiert die Überwindung der Gräben, die die politische Landschaft Frankreich traditionell durchschneiden. Versöhnen wollen auch François Fillon und Bruno Le Maire, die beide bei den „*primaires*“ ein Wörtchen mitzureden haben werden. *Rassemblement* (Sammlung) ist auch in ihrer Ansprache das Zauberwort. Noch verläuft der Konkurrenzkampf bei den Republikanern gesittet. Noch werfen die Aspiranten auf die Präsidentschaftskandidatur nicht mit Steinen aufeinander, sondern lassen Bücher für sich sprechen.

Tradition oblige: Von französischen Spitzenpolitikern wird erwartet, dass sie auch literarisch hervortreten. Juppé, Fillon und Le Maire haben bereits zur Feder gegriffen. Sarkozys Buch soll im Januar auf den Markt kommen. Aber irgendwann wird das Klima rauher werden. Für Juppé und Sarkozy geht es um die letzte Chance. Im Fall Juppés kommt ein neuer Anlauf für 2023 wohl aus Altersgründen nicht infrage. Sarkozy kann es sich als ehemaliger Präsident nicht leisten, bei der Vorauswahl in der eigenen Partei zu unterliegen.

Auffällig ist, dass die Kandidaten – sieht man von Le Maire ab – keinen nennenswerten Ehrgeiz bei der Ausformulierung von Reformentwürfen an den Tag legen. Kanteln zeigen, bedeutet Reibungsverluste, bedeutet eingeschränkte Fähigkeit zum *rassemblement*. Nicht mit dem Programm will man punkten, sondern mit dem Profil.

„Dreifache Sackgasse“

Dabei ist der Reformstau, der sich in Frankreich angesammelt hat, beachtlich. Hollande hat ihn bestenfalls zentimeterweise abgetragen. Die sogenannte *loi Macron*, eine Sammlung diverser und ziemlich unzusammenhängender Liberalisierungsmaßnahmen des jungen Wirtschaftsministers Emmanuel Macron, dürfte der letzte größere Reformschritt der Ära Hollande gewesen sein. Zu sehr hat den Präsidenten das Aufbegehren des linken Flügels erschreckt, als dass er Macron noch einmal grünes Licht geben würde. Im Gesundheitswesen und in den Rentenkassen herrscht gefährliche Ebbe. Die Verschiebung des Renteneintritts, auf die sich die Sozialpartner knirschend verständigt haben, betrifft nur den Privatsektor. Der öffentliche Dienst, gewohnheitsmäßig eine feste Burg der Sozialisten und unübertroffen in der Verteidigung des *Status quo*, bleibt ebenso ungeschoren wie die zigtausend Beschäftigten in den Staatsbetrieben.

Eine große Herausforderung stellt die innere Sicherheit dar. Frankreich ist, spätestens seit dem Anschlag auf *Charlie Hebdo*, ein bevorzugtes Ziel des islamistischen Terrorismus. Am drückendsten aber ist die Arbeitslosigkeit. Schon seit vielen Jahren liegt die Quote der Jobsuchenden bei den 16- bis 25-Jährigen über 20 %. Seit Beginn der Amtszeit von François Hollande ist die Zahl der jungen Arbeitslosen noch einmal um 100 000 geklettert. Eine Jugend ohne Perspektive wächst heran.

Quo vadis Frankreich? Nicht alles, aber viel hängt von der sich in den nächsten Monaten herausbildenden Personalkonstellation für 2017 ab. „*Ich bete darum, dass wir uns nicht in der dreifachen Sackgasse Hollande, Sarkozy, Le Pen*“ wiederfinden, seufzte unlängst der Vorsitzende der Mittelpartei *MoDem*, François Bayrou. Die Messe ist noch nicht gelesen.